

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 7. Mai 1894.

Berantwortl. Redakteur: N. O. Scheller in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mt.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Petzzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Reklame 30 Pf.

Bilder zum ungarischen Kulturfampf.

Während man in Deutschland und besonders in Preußen den „Kulturfampf“ zu Grabe trägt, ist derselbe in Ungarn aus heftigster entbrannt, und wieder einmal spielt die römische Kirche die verfolgte Märtyrerin. Daß dieser Kulturfampf ebenso wie der bei uns Anfang der 70er Jahre selben herausbrechen ist durch die sich steigernde Annahme Roms, daß der Staat lediglich einen Kampf ums Dasein führt, das will den ultramontanen Eisernen nicht einleuchten.

Nicht die römische, sondern die protestantische Kirche Ungarns litt bisher unter Verdrückungen. Besonders die Seelenzahl der Reformierten ist seit dem Jahre 1840 in beständigem Rückgang begriffen ist. Während dieselbe im Jahre 1840 14,3 Prozent der Bevölkerung ausmachte, betrug sie im Jahre 1891 nur 12,8 Prozent, während alle anderen Bevölkerungsgruppen für die gleiche Zeit einen bedeutenden Wachstum (z. B. die Römischen von 42 Prozent auf 51 Prozent, die Juden von 1,8 Prozent auf 4 Prozent) zu verzeichnen haben. Die Ursache dieses Rückganges liegt vor Allem im Sinne der Geburtsziffer, welche in der reformierten Kirche zwischen 29 Prozent und 40 Prozent, in der römischen zwischen 40 und 51 Prozent schwankt. Allein in drei Komitaten ist die Seelenzahl während der letzten 15 Jahre um 1316 zurückgegangen. Diese Abnahme erklärt sich wohl vor Allem durch die Auswanderung der Slowaken in Nord-Ungarn. Auch der Bestand der reformierten Kirche nimmt ab. Dagegen hat sich der Besitz der römischen Kirche von Jahr zu Jahr stetig vermehrt, und dieser große Besitz steht auch die römische Kirche in den Stand, selbst der Regierung die Spize zu bieten.

Es ist nichts Neues, daß die Vertreter der Ultramontanität über Verlegung der Gezeuge der Bulding klagen. Wie man aber schon die katholischen Kinder mit Hass gegen die Leute erfüllt, zeigt die „Katolische Kirchengeschichte zum Gebrauche an Volks-, Bürger- und Gewerbeschulen, geschrieben von Janos Horvath, Pfarrer und Statthalter“, aus welcher eine kleine Blüthenlese geben wollen:

Unter Keltern sind eigentlich aufrührerische, rebellische Menschen, Räuber und Mörder zu verstehen. — Die durch Luther und Calvin bewirkte Glaubensneuerung hat die Kultur und den Fortschritt auf Jahrhunderte zurückgeworfen, der allgemeine Sittlichkeit neue Wunden geschlagen, ja sie noch mehr infiziert. — Nach Luther ist jeder Mensch ohne Ausnahme Priester. Also ist nach Luther auch der Röntänscher, der Händelsucher, der Henter, ja jeder Mensch Priester. Luther sagte, daß alle, die sich an der Erneuerung der Kirche beteiligen, Gottes liebe Kinder und wahre Christen sind; die Türen aber, die seiner Lehre entgegentreten, verdienen von ihrem Thron gestoßen zu werden. Hierauf entstand Raub, Mord, Brand. Inmitten dieser furchterlichen Szenen hat sich Luther beweht mit eineronne, die er gerade am Karfreitag aus dem Kloster entführte. — Nach dem Zengniss alter Schriften ist er in Verweisung geraten und hat sich gleich dem Verräther Judas erhängt.“

Bei der großen Aufregung, welche noch der tödliche Jesuit in Ungarn hervorrief, ist viel zu wenig beachtet worden, daß derselbe Protestant war. Die römische Kirche hat es auch hier wieder freischaffend, ihren Sekretär mit dem Mantel der Konkurrenz zu bedecken und unter dem Abschluß den „Rebellen“ zu verbrennen, die sie römische Kirche, deren Bischofe das Volk wegen der bevorstehenden Zivile gegen die Regierung anwiegeln! Freilich sind bis jetzt alle „Entführungsverhandlungen“, in denen Beratung ja die Ultramontanen eine große Virtusigkeit bejubigt, vergeblich gewesen. Vergleichbar war's, daß am Tage des Beginnes der entscheidenden Verhandlungen im ungarnischen Abgeordnetenhaus in allen katholischen Kirchen mit allen Glocken zugeläutet wurde, daß auch Tage hindurch nach jeder Messe die lauerthausische Litanei, jün Pater Noster und Ave Maria gebetet wurden — alles umsonst! Auch in Ungarn wird Roms Bann gebracht, das Rad der Weltgeschichte läßt sich nicht aufhalten.

Deutschland.

Berlin, 7. Mai. Am königlichen Hofe wurde gestern der Geburtstag des Kronprinzen gefeiert. Bei gütiger Witterung gehabte das Kaiserpaar mit den kaiserlichen Prinzen und der nächsten Umgebung einen Ausflug mittels Dampfers nach der Pfaueninsel zu unternehmen.

Der hochherzige Entschluß des Kaisers, die überaus wertvolle Sammlung des Grafen Schack in München als kaiserliches Wahrzeichen zu belassen, hat in allen nationalen Kreisen, selbst in der Reichshauptstadt, die am meisten darunter zu leiden hat, den lebhaftesten Widerhall gefunden. Der Kaiser hat von neuem bewiesen, daß er in der Seele des deutschen Volkes zu leben versteht und daß er nicht minder über die politischen Stimmungen der einzelnen Gauen unseres Vaterlandes wohl unterrichtet ist. Selbst in meinen Kunstkreisen, in denen man seit Jahren hoffte, daß die berühmte Sammlung nach dem Tode des Grafen Schack nach Berlin kommen würde, findet man nicht selten das Zugeständnis, daß auch rein sachlich genommen — diese Sammlung nirgendwo besser und zweitmäigter untergebracht sein könnte, als gerade da, wo sie in engem Zusammenhang mit der künftlerischen Entwicklung der Stadt nach und nach vereinigt werden, sowie zu einer fruchtbaren Pflegestätte gebreiterer Kunst geworden ist, in München. Selbstverständlich fehlt es auch bei diesem kaiserlichen Entschluß nicht an hämischer und nörzgeler Glossen. Als feinerster der Kaiser dem Fürsten Bismarck die berühmte flasche Rheinweins sandte, da waren schnell brave Deutsche, selbt aus den gebildeten Schichten, mit ihrer Meinung bei der Hand, daß doch eine Flasche für diezen symbolischen Zweck gar zu wenig genen sei. Sieg wissen wieder dreiste Nörzler nicht genug zu beklagen, daß dem Kaiser nicht schnell genug der Vorhalt des letzten Willens bekannt gegeben worden sei, und daß sie selbst nicht rasch genug darüber unterrichtet worden seien, was nun aus dem Hause werde, in dem die Schack'sche Sammlung untergebracht werden ist. Es ist eben ein trauriges Kennzeichen der beiden letzten Jahrzehnte, daß die reine Freude über schöne, großherzige Handlungen bei uns in Deutschland immer mehr verblasst ist; kritisieren

und nörzeln ist die jetzt am meisten verbreitete Krankheit, sie wuchert auf dem Gebiete der Politik ebenso sehr wie auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft. Wir sind sowohl herabgesunken, daß wir selbst Zeitchriften und Zeitungen dulden, die gewißmäßig diese Nörzelen in der Form der boshaftesten und niederrächtigsten persönlichen Hetereien unter dem trügerischen Deckmantel angleicher waher Patriotischkeitsbetrieben, und die Person unseres Kaisers dienen diesen Menschen mit Vorliebe zum Ziel ihrer heimtückischen Ausfälle. Die Schwierigkeiten, welche der Ausführung des kaiserlichen Willens in Sachen der Schack'schen Sammlung sich entgegenstellen, würzeln ausschließlich in der Einbildungskraft der betreffenden Zeitungen, für die Münchner vor allem, welche sich mit Recht am meisten über die kaiserliche Entschiebung freuen haben, liegt nicht der geringste Grund vor, sich auch nur einen Augenblick diese Freude durch nörzelnde Vorsichtsmaßnahmen zu lassen.

Prinz Friedrich Leopold soll, wie die „N.“ zu melden wissen, die Absicht haben, an der Obersprei sich anzulaufen, um dort dem Interesse, das er für den Wassersport hegt, in umfassender Weise zu huldigen. Die Wahl eines geeigneten Terrains ist noch nicht entschieden, doch dürfte der Prinz ein größeres Gelände nahe der Kolonie Ostend erwerben.

Fürst Bismarck hat durch Dr. Chrysander in Erfurt die Wünsche ausprechen lassen, daß die dort geplante Huldigungsfahrt nach Friedrichsruh etwas hinausgeschoben werden möge.

Zu einem Allgemeinen Delegiertentag der nationalliberalen Partei ist folgende Einladung erlangt:

Am Sonntag, den 30. September d. J., wird in Frankfurt a. M. ein allgemeiner Delegiertentag der nationalliberalen Partei stattfinden. Diese Delegiertentage sind nicht öffentlich. Zutritt haben außer den Abgeordneten der Partei und den Mitgliedern der Landes- bzw. Provinzialkammern nur die Delegierten der Reichstagwahlkreise. Die Auflösung des Delegiertentages geschieht so frühzeitig, damit die Parteimitglieder innerhalb der einzelnen Reichstagwahlkreise die Wahl ihrer Delegierten in jeder Hinsicht zweckmäßig vorbereiten können. Auch den Delegierten selbst soll noch hinreichend Zeit bleiben, die Reise nach Frankfurt a. M. in die übrigen Reise- und Arbeits-Dispositionen einzufügen.“

Am Delegiertenversammlung selbst gebent auch Herr v. Bemmigen Theil zu nehmen.

Der „Städte-Anzeiger“ veröffentlicht das vom 1. Mai datirte Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1894—95. Das Gesetz bestimmt:

S. 1. Der (dreierteilige) Anlage beigelegte Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1894 bis 1895 wird in Einnahme auf 1935 958 413 Mark und in Ausgabe auf 1935 958 413 Mark, nämlich auf 1878 101 432 Mark an fortlaufenden und auf 57 856 981 Mark an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgesetzt.

S. 2. Im Jahre vom 1. April 1894—95 können nach Anordnung des Finanzministers zur vorübergehenden Verstärkung des Betriebsfonds der Generalsstaatsfeste verzinsliche Schatzanweisungen bis auf Höhe von 100 000 000 Mark, welche vor dem 1. Januar 1896 verfallen müßten, wiederholt ausgegeben werden. Auf dieselben finden die Bestimmungen der §§ 4 und 6 des Gesetzes vom 28. September 1866 Anwendung.

S. 3. Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushaltsetats (§ 1) innerhalb der Grenzen derselben geleistete Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt.

Ferner wird das Gesetz über die Ergänzung der Einnahmen in dem Etat für 1894—95 veröffentlicht. Der erste Paragraph lautet:

Zur Berechnung des Geldbetrags, welcher zur Ergänzung der Einnahmen in dem Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1894 bis 1895 erforderlich und unter Kapitel 24 Titel 17 der Einnahme in dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung in Höhe von 56 510 000 Mark in Ansatz gebracht ist, ist eine Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrags von Schuldverschreibungen aufzunehmen.

** Die Reichsschulden-Kommission hat dem Bundesrat ihren diesjährigen Bericht abgetragen. In dem Personal der Kommission hat seit Erstattung des letzten Berichts die Veränderung stattgefunden, daß an Stelle des verstorbenen Staatssekretärs des Reichs-Justizamtes Hanauer dessen Nachfolger, der Staatssekretär Niederberg, zum Mitgliede der Kommission gewählt ist. Ferner sind an Stelle der ausgeschiedenen Reichstagabgeordneten Oberverwaltungsgerichtsrat Habn, Amtsgerichtsrat Letha und Dr. Meyer die Reichstagabgeordneten Freiter von Hammerstein, Legationsrat A. D. von Lehner und Dr. Pachnicke zu Kommissionsmitgliedern gewählt worden. Der Bericht der Kommission zerfällt in die üblichen vier Theile, die Verwaltung des Schulwesens, Aufsicht über die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds und des Reichstagabfondes, des Reichs-Kriegesfonds und die Banknoten. Die Vorgänge auf dem Gebiete der Reichsschulden während des Etatsjahrs 1892/93 sind bekannt. Der Bestand des Reichs-Invalidenfonds betrug Ende 1892/93 464 914 625,17 Mark, der des Reichstagabfondes 9 956 964,40 Mark. Ende März 1894 belief sich der Bestand des Invalidenfonds auf rund 403 Millionen, der des Reichstagabfondes auf 2,9 Millionen. Beziiglich des Reichs-Kriegesfonds sind Änderungen nicht eingetreten. In den Kassen der Reichsbank und ihrer Zweigstalten sowie im Umlauf ist 1891 872 000 Mark.

** Über die Erstattung von Stempelkosten für wieder rücksichtig gewordene Briefe haben in der Poststempelkommission des Abgeordnetenhauses interessante Erörterungen stattgefunden. Dabei wurde regierungsetzt festgestellt, daß die preußische Stempelsteuer die Natur einer Urkundensteuer habe, dergegen daß für die Erstattung einer Abgabe nur die urkundliche Verlautbarung eingeschlägt sei mit Umständen, die aus dem Urkundenhafte nicht hervorgingen, stempelrechtlich nicht in Betracht kämen. Dementsprechend sei auch die Forderung des Kaufwertstempels zu Kaufverträgen, bei denen Einer der Kontrahenten darin bestimmt, falls die Geisteerkrankheit gewesen sei, an jenem gesetzlich begründet, falls die Geisteerkrankheit aus dem Vertrage nicht erhebe. Gleichwohl pflege nach der Praxis der Finanzverwaltung zu vergleichen Ver-

trägen die Erstattung des gezahlten Stempels im Grundeweg herbeigeführt zu werden, vorausgesetzt, daß der handlungsfähige Kontrahent den Geisteszustand des anderen Vertragsteilnehmers nicht gekannt und nicht beachtet hat, den Zustand zu seinem Vortheile auszubauen. Ferner wurde in der Kommission regierungsetzt festgestellt, daß eine nicht veröffentlichte Kabinetsordre des Königs Friedrich Wilhelm IV. aus dem Jahre 1852 bestellt, wonach der Finanzminister allgemein ermächtigt ist, bei wieder rücksichtig geworbenen Kaufverträgen, welche von einem Kontrahenten in beträchtlicher Weise geschlossen sind, binlich der zunächst diesem Kontrahenten zur Last fallenden Hälfte des Wertstempels den anderen Kontrahenten von der gesetzlichen Mitverhaftung zu entbinden.

— Zu recht missglückter Weise suchen die Zentrumsblätter die entscheidende Einmischung ihrer Konfessionsgenossen in die inneren Angelegenheiten der evangelischen Kirche bei dem Zusammentreffen der Synodalordnung zu rechtfertigen.

Sie weisen darauf hin, daß alle sogenannten Kulturlampsgesetze den Katholiken durch die Evangelischen aufgedrägt worden seien. Wenn das auch richtig ist, so hat dafür die gesamte ultramontane Partei mehr als zwanzig Jahre hindurch in dem leidenschaftlichsten Kampfe mit den stärksten Ausdrücken der Entrüstung und Empörung gegen diese evangelische Vergewaltigung protestiert. Und jetzt macht sie es genau ebenso und behauptet also, daß eine Vergewaltigung der evangelischen Kirche durch die Katholiken ganz in der Ordnung ist, der umgekehrte Fall aber zu den größten Frevelthaten der Weltgeschichte gehört. Damit haben die Vertreter des katholischen Volks für die Vergangenheit und die Zukunft jedes Recht verloren, sich über Eingriffe der staatlichen Gesetzgebung und der evangelischen Landesvertretung in ihre inneren kirchlichen Angelegenheiten zu beschweren. Sie haben es ja selbst jetzt durch That und Wort anerkannt, daß dies durchaus pflicht- und ordnungsgemäß ist. Ungefährlich und täppisch kann man wirklich eine solche Sache nicht verteidigen. Selbstverständlichkeit ist es übrigens ein gewaltiger Unterschied, ob die Ultramontanen die innere Organisation der evangelischen Kirche mit zu bestimmen für erlauben, oder ob, wie es in der Kulturfampszeit der Fall war, die evangelische Mehrheit den weltlichen Machtgütern der katholischen Kirche einen Damm zog.

— Das am 1. d. J. in Kraft getretene Gesetz vom 14. April 1894, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes (Aushebung des Identitätsnachweises für Getreide) hat neben den allgemeinen Ausführungsbestimmungen zu demselben auch den Erlass eines neuen Regulativs für Privattarifanträger von den in Nr. 9 des Zolltarifs aufgeführten Waaren (Getreide z. c.) ohne Mitverhältnis der Zollbelörde und eines neuen Regulativs für die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlen- oder Mälzereiabfaktaten durch den Bundesrat zur Folge geabt.

In diesen Regulativs hat der mit dem Zagerrecht bezw. dem bewilligten Zollkontos verbundene Zollkredit für das ins Inland gelangte ausländische Getreide seiner Dauer nach gegen früher eine erhebliche Einschränkung erfahren. Schreibt das erstmals genannte Regulativ in § 21 Abs. 4 die vierteljährliche Berechnung und Entrichtung der Zollgefäße für das aus dem Lager in den freien Verkehr getretene ausländische Getreide vor, während das alte Regulativ bezüglich der Verzollung derartigen Getreides lediglich auf die Vorschriften in § 16 des allgemeinen Privatlarer-Regulativs verwies, wonach die Zollabrechnung nur halbjährlich stattfand. Hierdurch ist die Zollkreditfrist für die Befähigung gemischter Privattransföler von Getreide derjenigen für alle übrigen ausländischen Waaren gleichgestellt.

Das Regulativ, betreffend die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlen- oder Mälzereiabfaktaten, enthält im § 8 die Bestimmung, daß die vierteljährlich vorzunehmende Abrechnung über das konturierte Getreide, welche bisher am zwanzigsten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Abrechnungsquartals stattfindet, fortan am zwanzigsten Tage des vierten Monats zu erfolgen hat. Von Bedeutung ist ferner die neue Vorschrift in § 10 ebendaefest, wonach die Einzahlung des Zollkontos einzutreten hat, wenn dasselbe ohne die Unterlage einer angemessenen Ausfuhr wesentlich zur Gewinnung einer verlängerten Gefäßabföllung missbraucht wird.

In diesen Regulativs hat sich der Reichstag bei der dritten Beratung des Eingangs bezeichneten Gesetzes in der Sitzung vom 14. März d. J. mit der Frage der Herauslösung des Zollkredits für eingelagertes und konturiertes Getreide beschäftigt und eine bezügliche Resolution mit großer Mehrheit dem Reichstagabgeordneten und des Reichstagabfondes aufgestellt, wonach die Konvertierung der Rente in eine vierperiodische zu fördern. Er, der Angeklagte, habe sich auf Ehrenwort verpflichten müssen, die Operation niemals dem Staat in Rechnung zu stellen, weshalb sie auch in die Bücher der Bank nicht eingetragen sei. Die Operationen hätten der Bank nicht einen Betriebsunfall gebracht.

Altona, 6. Mai. Die Reichstagswahl im Wahlkreis Pinneberg-Eimsbüttel findet am 13. Juni statt.

Plauen i. B., 6. Mai. Der hiesige konervative Verein hat beschlossen, für den nationalliberalen Fabrikanten Stadtrath Uebel einzutreten, wenn der nationalliberalen Verein bei der nächsten Reichstagwahl einen konservativen unterstützen. Kandidat der Freisinnigen ist von Petrosowski, der Reformpartei Schubert in Chemnitz, der Sozialdemokraten Geißel in Berlin. Die Wahl ist auf den 24. Mai angelegt. Stichwahl ist wahrscheinlich.

Österreich-Ungarn.

Wien, 6. Mai. Nach fünfstündiger Debatte beschloß heute der Polenclub für die Valutavorlage zu stimmen. Ein vom Grafen Pininski gestellter Verteilungsantrag wurde mit 24 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Wie verlautet, wird auch die Opposition des Polenclubs im Plenum für die Valutavorlage stimmen.

Wie die „Sport- und Jagdzeitung“ meldet,

hat die Generalvergabung des f. f. Nachzuges mit Auktionsbeschlossen, daß der Angeklagte nicht schuldig befunden werden könne und daß er nicht die Absicht gehabt habe Menschen zu töten, sondern nur den Krieg gegen die französische Regierung aufzunehmen. Der Gerichtshof erklärte, er könne sich diesen Ausführungen nicht anschließen, er beabsichtige, dem Vertrag aus Auktionsvertrag zu entbinden.

London, 5. Mai. Obgleich die Klerikalen

Großbritannien und Irland. London, 5. Mai. Die Verhandlungen über die Auslieferung des französischen Anarchisten Meunier, die gestern und heute vor dem Zuchtpolizeigericht in Bowstreet geführt wurden, sind um acht Tage verschoben worden. Der Vertheidiger Meunier hielt aus, daß der Angeklagte nur eines politischen Vergehen schwul befunden werden könne und daß er nicht die Absicht gehabt habe Menschen zu töten, sondern nur den Krieg gegen die französische Regierung aufzunehmen. Der Gerichtshof erklärte, er könne sich diesen Ausführungen nicht anschließen, er beabsichtige, dem Vertrag aus Auktionsvertrag zu entbinden.

London, 6. Mai. Ein im Wahlkreis Harcourt erscheinendes Blatt erklärt sich von diesem für ermächtigt, festzustellen, daß das Gericht des demokratischen Rücktritts Harcourts jeder Vergründung entbehre.

Russland.

Petersburg, 3. Mai. Im Sommer dieses Jahres wird in Nischny Nowgorod eine große allrussische Ausstellung stattfinden, welche Industrie und Handel, Kunst und Wissenschaft, überhaupt sämtliche Zweige des menschlichen Schaffens und Werks zu umfassen bestimmt ist. Man trifft großartige Vorbereitungen und erwartet, daß die Ausstellung ein allen in die Augen fallendes Bild von den Fortschritten geben werde, welche Russland während der letzten 14 Jahre — im Jahre 1880 end in Moskau die erste allrussische Ausstellung statt gemacht hat. Der größte Theil der Ausstellung wird auf einer Landzunge Platz finden, die durch die Fluße Niwa und Wolga gebildet wird; mit der Stadt Nischny wird die Ausstellung durch eine elektrische Eisenbahn, durch Pferde- und Dampftragschienen verbunden sein. Das Hauptgebäude für die Ausstellung wird aus Moskau herübergebracht, wobei es vor 14 Jahren dem gleichen Zwecke diente; außerdem will man noch zwei große Metallpavillons und eine Auswahl kleiner Gebäude aus Holz versetzen. An der Ausstellung werden die meisten Ministerien teilnehmen, namentlich die des Krieges, der Marine, der Finanzen, der Landwirtschaft und der Verkehrswege. Die beiden letzteren sollen ganz besonders stark und durch schöne Ausstellungsgemälde vertreten sein.

Bulgarien.

zwei Zeugen durch Krankheit am Erscheinen verhindert waren. Ein von der Verteidigung gestellter Antrag auf Hafentilgung wurde abgelehnt.

* Der beim Abzug des Hauses am Berliner Platz 9 beschäftigte Malergeselle Johannes Pust verunglückte heute Vormittag gegen 11 Uhr durch einen Sturz vom Gerüst aus der Höhe des zweiten Stockwerks, wobei er einen Armbruch und eine stark blutende Verletzung im Gesicht davontrug. Der Befürerbewerthe wurde auf den Flur des Hauses gebracht, wo ein hinzugezogener Arzt die erste Hilfe leistete, später erfolgte die Überführung nach dem neuen Krankenhaus.

* Auf dem Pferdemarkt entwickelte sich gestern Nachmittag ein außerordentlich reges Treiben, die Schraube, welche den für die Vorführung bestimmten Platz abschließt, war fortgesetzt von einer schaulustigen Menge umgeben; beiderseitiges Interesse erregte natürlich das Konkurrenzspringen für Reitpferde, bei dem an folgende Besitzer Prämien erhielt wurden: Rittmeister von Blaten-Bromberg, Schulz, Tatterall-Stettin, J. Becker u. Co., Raugard, Gr. Hirschfass-Berlin und Krenckel in Berlin. Im Ganzen wurden während des gestrigen Tages über 9000 Besucher gezählt. — Eines der auf dem Markt ausgestellten, Herrn Amtmann Meyer-Woltersdorf gehörigen Pferde, angeblich ein Fuchs aus dem prächtigen Pferde-Parcours, wurde heute Vormittag von einem andern Pferd geschlagen und so unglücklich getroffen, daß es einen Bruch des einen Vorderbeins erlitt.

Am 23. d. Ms. findet die ordentliche General-Versammlung der Stettiner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Bulsan“ statt. Die Bilanz schließt am 31. Dezember in Einschluß und Ausgabe mit 26.688.826 Mark 28 Pf. das Gewinn- und Verlust-Konto mit 1.682.485,40 Mark. Die Direktion schlägt der General-Versammlung die Auszahlung einer Dividende von 7½ Prozent auf das gesamte Aktien-Kapital vor, außerdem Abschreibungen im Betrage von 701.929 Mark auf 45 Pf., der Rentengenossenschaft auf 980.050 Mark 95 Pf. und soll in folgender Weise zur Vertheilung gelangen: 50.000 Mark Garantieonds, 20.000 Mark Reserveaufbauten, 20.000 Mark Absicherungsnds, 135.000 Mark Eisenbahn-Aufschuß, 50.000 Mark Kirche zu Breden, 5124,26 Mark Kinderbewahrschule zu Breden, 144.931,69 Mark Kantinen für Ausflugsstätte, Direktion und Beamte und 600.000 Mark Dividenden. In ihren Bericht hebt die Direktion hervor, daß die Bilanz zwar hinter den Erwartungen zurückblieb, welche nach den Ergebnissen des Vorjahres gehegt werden durften, aber immerhin noch eine günstige zu nennen ist. Ungünstig beeinflußt ist das letzte Geschäftsjahr insbesondere durch den gegen alle Erwartungen hinausgezögerten Bau der beiden Panzerschiffe „Brandenburg“ und „Weisenburg“ in Folge der sehr verzögerten Fertigstellung der Panzerplatten, wie auch der sämmtlichen für diese Schiffe bestimmten Geschütze, deren Aufstellung an Bord dem „Bulsan“ laut Kontrakt anverloren war. Auch des erschütterten Unfalls bedient die Direktion in dem Bericht, der sich am 16. Februar d. J. auf S. M. Panzerschiff „Brandenburg“ zugerechnet hat, über die Ursachen, welche das Unglück herbeigeführt haben, kann dieselbe gegenwärtig wegen der darüber noch schwedenden Untersuchungen in eine nähere Darlegung nicht eintreten, es haben dabei wie bei ähnlichen Katastrophen, auch verschiedene unglückliche Umstände zusammengetragen.

Die Ausfünften im Schiffbau haben sich während des letzten Jahres nicht gebessert; von Seiten der deutschen Marine werden fürs erste Neubauern nur in sehr beschränktem Umfange und mit sehr beschämendem Preis genommen werden, weil der Reichstag die Vorlagen des Reichsmarine-Amtes sehr beschränkt hat. Die demselben bewilligten wenigen Bauten werden, nach den Verhandlungen im Reichstage zu schließen, fast ausschließlich auf kaiserlichen Werken zur Ausführung gelangen, und die Privatindustrie wohl gänzlich leer dabei ausgehen. Es ist dies um so bedauerlicher, als der Privat-Schiffbau dadurch in eine gewisse Notlage hineingerät. Der „Bulsan“ hat, den wachsenden Anforderungen der deutschen Marine entsprechend, ihre Leistungsfähigkeit stetig erhöht und ganz bedeutende Summen zur Bewaffnung der Einrichtungen auf der Werft und in der Maschinenabteilung verwendet. Die Anlagenwerte sind von 6.416.668 Mark im Jahre 1873 auf 16.076.624 Mark im Jahre 1893 gestiegen und wurde diese Entwicklung nur dadurch ermöglicht, daß die Aktionäre der Gesellschaft stets mit voller Hingabe für die Unterhaltung des deutschen Schiffbaues eingetreten sind. Die Direktion will mit diesem Hinweise nicht das Recht in Anspruch nehmen, daß der Ausbau ihres Werkes dem Rechte die Verpflichtung auferlegt habe, für hinreichende Beschäftigung derselben zu sorgen, sie möchte es aber nicht unangefangen lassen, daß der deutsche Schiffbau nur dann wirtschaftlich sicher gestellt erscheint, wenn eine größere Streitigkeit in den Anforderungen zum Ausdruck gelangt, welche von Seiten der Reichsmarine an denselben herangetreten. Hierzu die Hand zu bieten, dürfte unser Reichstag gewiss auf ersten Stelle berücksichtigen. Wenn die Entwicklung der deutschen Marine sich durch Ersatz- und Neubauern stetig vollziehen soll, müssen die Mittel hierfür alljährlich in möglichst gleichmäßiger Weise bewilligt werden, und dann wird dem Privat-Schiffbau auch fortlaufend derjenige Anteil von diesen Bauten zufallen, welcher notwendig ist, um seinen Wettbewerb auf dem Gebiete des Handels-Schiffbaus zu erhalten und sicher zu stellen. Es ist sehr schwer gefallen, im verflossenen Jahre Aufträge auf Handels-Schiffe herauszuziehen. Die Konkurrenz Englands in dieser Branche ist eine ganz gewaltige, und sind die Preise gegenwärtig derartig gedrückt, daß ein Gewinn an derartigen Bauten nicht herausszurechnen ist. Um nicht den größten Theil der Arbeiterschaft entlassen zu müssen, unternahm die Direktion den Bau von drei großen Tank-Schiffen, von denen zwei bereits abgefertigt sind; der dritte soll im Monat Mai zur Ablieferung gelangen. Außerdem hat die Direktion noch zwei große Dampfschrauben-Fracht-Schiffe abgeschlossen, von denen der eine bis zum Herbst dieses Jahres, der andere bis zum Frühjahr nächsten Jahres fertiggestellt werden soll. Im Lokomotivbau war die Beschäftigung nicht ganz so gut wie im vorigen Jahre; die Bestellungen der Staats-Eisenbahnen erfolgten aber seit einigen Jahren schon so regelmäßig, daß ein bestimmtes Arbeitsquantum alljährlich zu erwarten ist; die Erträge im Lokomotivbau sind als bestreitbar zu bezeichnen. Nachdem der Bau von Eisenbahnen in größerem Umfange aufgenommen worden ist, hat sich die Direktion veranlaßt, auch in die Fabrikation der kleineren Lokomotiven einzutreten und hat von diesen bereits eine Anzahl in Auftrag erhalten.

Was den Betrieb der Fabrik im Speziellen betrifft, so sind im voraufgehenden Jahr an größeren Objekten fertig gestellt bzw. inzwischen abgefertigt: Im Schiffbau: Der Schraubendampfer „Windobona“ für den österreichischen Lloyd, S. M. „H. H.“ Hohenzollern, S. M. „Arco“ „Comet“ und S. M. Panzerschiff „Brandenburg“ für die deutsche Marine, der Schraubendampfer „Dreitor Peppenhagen“ für die neue Dampfer-Kompanie in Stettin, die Petroleum-Dampfer „Deutschland“ und „Washington“ für die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft in Hamburg, zwei Eisbrecher-Dampfer für die Vereinigung vor Algemeene Scheepvaart belangen in Amsterdam, der Schleppdampfer „Deutschland“ für die Eisenbahn-Gesellschaft für Deutsch-Ostafrika (Umbrella-Linie), der Raddampfer „Wavel“ für die Kaiserliche Statthalterei in Bremen. Im allgemeinen Maschinenbau wurden außer den Maschinen und Ketten für die abgelieferten und noch im Bau befindlichen Schiffen und Lokomotiven fertig gestellt: stationäre Dampfmaschinen, 11 größere Schiffsschiffe, 6 diverse stationäre Dampf- und Lokomotiven. Im Lokomotivbau wurden 54 Stück Lokomotiven an die Besteller abgeliefert. In Arbeit befindlich sind noch geblesierte bzw. neu hinzugekommen: S. M. Panzerschiff „Weisenburg“, der Petroleum-Dampfer „Greifswald“ und zwei Doppelschrauben-Fracht-Schiffe für Hamburger Rechnung, 77 Lokomotiven (4 normalspurige und 23 schmalspurige), eine große Präzisions-Dampfmaschine und diverse größere und kleinere Ketten- und Maschinenanlagen. Der Herstellungswert sämtlicher Erzeugnisse während des Jahres 1893 beläuft sich auf 12.616.741,99 Mark. An Versicherungsprämien wurden 1893 in Summa gezahlt 80.493,45 Mark, an Beiträgen zur Betriebs- (Mark) Kapital, an Beiträgen für die Unfall-Berufsgenossenschaft 51.190,00 Mark = 14,89 Mark pro Kopf, an Beiträgen für die Invaliditäts- und Altersversicherung 24.714,43 Mark = 7,14 Mark pro Kopf (die soziale Gesetzgebung belastete unter Gesellschaftsrecht im Jahre 1893 mit 100.598,66 Mark = gleich 29,07 Mark pro Kopf der Arbeitschaft), an sonstigen freiwilligen Unterstützungen für Beamte und Arbeiter 11.544,00 Mark, an älteren Unfall-Entschädigungen auf Grund des Haftpflichtgesetzes 3.370,80 Mark, an diversen Steuern 57.811,14 Mark. Die höchste Arbeitsschicht während des Jahres 1893 betrug 3.860, die niedrigste 2.973 Mann; an Löhnern wurden insgesamt 3.297.077,69 Mark gezahlt.

— Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt erinnert mit Rücksicht darauf, daß der Zugang der auswärtigen Schnitterarbeiter etc. begonnen hat, die Arbeitgeber daran, daß diese Leute, auch wenn sie Ausländer sind, der Versicherungspflicht unterliegen. Sowohl sie noch keine Quittungskarten haben, muss für Ausschaltung derselben rechtzeitige Sorge getragen werden, damit bei jeder Zahlung, wozu auch Abzugszulagen anrechnen sind, die fälligen Beitragssummen verwendet werden können.

— Der Gerichts-Referendar a. D. Dr. M. Weise hier selbst ist zum Bürgermeister von Greifswald, in Folge der sehr verzögerten Fertigstellung der Panzerplatten, wie auch der sämmtlichen für diese Schiffe bestimmten Geschütze, deren Aufstellung an Bord dem „Bulsan“ laut Kontrakt anverloren war. Auch des erschütterten Unfalls bedient die Direktion in dem Bericht, der sich am 16. Februar d. J. auf S. M. Panzerschiff „Brandenburg“ zugerechnet hat, über die Ursachen, welche das Unglück herbeigeführt haben, kann dieselbe gegenwärtig wegen der darüber noch schwedenden Untersuchungen in eine nähere Darlegung nicht eintreten, es haben dabei wie bei ähnlichen Katastrophen, auch verschiedene unglückliche Umstände zusammengetragen.

Die Ausfünften im Schiffbau haben sich während des letzten Jahres nicht gebessert; von Seiten der deutschen Marine werden fürs erste Neubauern nur in sehr beschämendem Umfange und mit sehr beschämendem Preis genommen werden, weil der Reichstag die Vorlagen des Reichsmarine-Amtes sehr beschränkt hat. Die demselben bewilligten wenigen Bauten werden, nach den Verhandlungen im Reichstage zu schließen, fast ausschließlich auf kaiserlichen Werken zur Ausführung gelangen, und die Privatindustrie wohl gänzlich leer dabei ausgehen. Es ist dies um so bedauerlicher, als der Privat-Schiffbau dadurch in eine gewisse Notlage hineingerät. Der „Bulsan“ hat, den wachsenden Anforderungen der deutschen Marine entsprechend, ihre Leistungsfähigkeit stetig erhöht und ganz bedeutende Summen zur Bewaffnung der Einrichtungen auf der Werft und in der Maschinenabteilung verwendet. Die Anlagenwerte sind von 6.416.668 Mark im Jahre 1873 auf 16.076.624 Mark im Jahre 1893 gestiegen und wurde diese Entwicklung nur dadurch ermöglicht, daß die Aktionäre der Gesellschaft stets mit voller Hingabe für die Unterhaltung des deutschen Schiffbaues eingetreten sind. Die Direktion will mit diesem Hinweise nicht das Recht in Anspruch nehmen, daß der Ausbau ihres Werkes dem Rechte die Verpflichtung auferlegt habe, für hinreichende Beschäftigung derselben zu sorgen, sie möchte es aber nicht unangefangen lassen, daß der deutsche Schiffbau nur dann wirtschaftlich sicher gestellt erscheint, wenn eine größere Streitigkeit in den Anforderungen zum Ausdruck gelangt, welche von Seiten der Reichsmarine an denselben herangetreten. Hierzu die Hand zu bieten, dürfte unser Reichstag gewiss auf ersten Stelle berücksichtigen. Wenn die Entwicklung der deutschen Marine sich durch Ersatz- und Neubauern stetig vollziehen soll, müssen die Mittel hierfür alljährlich in möglichst gleichmäßiger Weise bewilligt werden, und dann wird dem Privat-Schiffbau auch fortlaufend derjenige Anteil von diesen Bauten zufallen, welcher notwendig ist, um seinen Wettbewerb auf dem Gebiete des Handels-Schiffbaus zu erhalten und sicher zu stellen. Es ist sehr schwer gefallen, im verflossenen Jahre Aufträge auf Handels-Schiffe herauszuziehen. Die Konkurrenz Englands in dieser Branche ist eine ganz gewaltige, und sind die Preise gegenwärtig derartig gedrückt, daß ein Gewinn an derartigen Bauten nicht herausszurechnen ist. Um nicht den größten Theil der Arbeiterschaft entlassen zu müssen, unternahm die Direktion den Bau von drei großen Tank-Schiffen, von denen zwei bereits abgefertigt sind; der dritte soll im Monat Mai zur Ablieferung gelangen. Außerdem hat die Direktion noch zwei große Dampfschrauben-Fracht-Schiffe abgeschlossen, von denen der eine bis zum Herbst dieses Jahres, der andere bis zum Frühjahr nächsten Jahres fertiggestellt werden soll. Im Lokomotivbau war die Beschäftigung nicht ganz so gut wie im vorigen Jahre; die Bestellungen der Staats-Eisenbahnen erfolgten aber seit einigen Jahren schon so regelmäßig, daß ein bestimmtes Arbeitsquantum alljährlich zu erwarten ist; die Erträge im Lokomotivbau sind als bestreitbar zu bezeichnen. Nachdem der Bau von Eisenbahnen in größerem Umfange aufgenommen worden ist, hat sich die Direktion veranlaßt, auch in die Fabrikation der kleineren Lokomotiven einzutreten und hat von diesen bereits eine Anzahl in Auftrag erhalten.

Was den Betrieb der Fabrik im Speziellen betrifft, so sind im voraufgehenden Jahr an größeren Objekten fertig gestellt bzw. inzwischen abgefertigt: Im Schiffbau: Der Schraubendampfer „Windobona“ für den österreichischen Lloyd, S. M. „H. H.“ Hohenzollern, S. M. „Arco“ „Comet“ und S. M. Panzerschiff „Brandenburg“

Aus den Provinzen.

Im Saarland, 6. Mai. Eine Deputation der städtischen Behörden hat dem Rentier Hauptmann in Berlin den Ehrenbürgerschaft unserer Stadt übertragen. Herr Hauptmann, ein Sohn unserer Stadt, hat derselben bekanntlich eine Stiftung von 10.000 Mark zur Unterstützung Hülfsbedürftiger aus den besseren Ständen überwiesen. Durch den Naumann'schen Konturs ist auch der Bauerbesitzer Christ. Jacob in Papendorf in Mitleidenschaft gezogen, indem auch über sein Vermögen das Realturnsverfahren eröffnet ist; Verwalter der Masse ist Rechtsanwalt Trap zu Straßburg u. d. Ammelschrift 19. Juni. Wie

der „Pas. Anz.“ erfährt, ist Jacob bei Naumann mit ca. 20.000 Mark, die er für gegebene Unterschriften auf Wechsel zahlen muß, befreit, und ob er hierzu nicht in der Lage ist, wirkt er wohl als armer Mann von seinem Hof herunter geben, denn fraglich ist es noch, ob bei einem Verkauf derselben die Gläubiger des Jacob, d. h. die, die für ihn wieder einzutreten haben, überhaupt noch befriedigt werden.

In Altona, 7. Mai. Die Schienenlegung des Hauptgleises der im Bau begriffenen Bahnstrecke Swinemünde-Heringsdorf ist bereits bis über den heiligen Bahnhof hinaus vollen. In den letzten Tagen schallte schon der kräfte Pfeif der Lokomotive hell in unser Dorf hinein. Die Arbeiten an den hiesigen und an den Heringsdorfer Bahnhofsgebäuden sind soweit vorgeschritten,

daf die vollständige Fertigstellung zur Übergabe, zu welcher der Termin auf den 1. Juni festgesetzt ist, bestimmt eingehalten werden wird. — Die vielen Extrajahre, die während des Pfingstfestes und den darauf folgenden Sonntagen unsere Orte und Umgebung ausfüllen, mögen nicht verfälschen einen kleinen Waldausflug nach dem nur 8 Minuten von hier entfernt mitten im Urwald liegenden, von alten prächtigen Buchen, Eichen und Fichten bestandenen Brocken mit Aussichtsturm. Der Weg durch den schattigen Wald dorthin bietet schon eine dankbare Partie. Der Fernblick, den der Aussichtsturm bietet, ist ein ungemein großartiger. Derselbe reicht dem Norden bis zur Insel Oie und Rügen, nach Süden bis Wismar und weit in die Insel Wollin hinein. Eine schöne Perspektive schafft die rings um den Berg belegene, viele Quadratmeilen große Forst, deren frischgrüne Kronen der Laubbäume sich effektvoll mit dem dunklen der Nadelbäume schattet, und die in der Richtung nach Heringsdorf zu belegenen großen Komplexe Wiesen und Ackerland, dem einem Spiegel gleichen den Geheimen, das dem Gesamtbild einen besonderen Reiz verleiht.

Greifswald, 5. Mai. Nach den stattgefundenen Immatrikulationen von Studenten bei der hiesigen königlichen Universität stellt sich die Besuchsziffer für das Sommersemester 1894 wie folgt:

Im Wintersemester 1893—94 waren immatrikulirt:					
Theol. Jur. Med. Phil. Sa.	201	85	373	73	732
davon sind abgegangen	68	31	74	25	198
mithin verblieben	133	54	299	48	534
und sind	119	48	110	29	306
zusammen	252	102	409	77	840

* Barth, 6. Mai. Ein großer Theil der hiesigen Zimmersellen steht und fordert einen gleichmäßigen Minimallohn von 30 Pf. pro Stunde, doch ist wenig Aussicht auf einen günstigen Verlauf des Streits, da die Meister beschlossen haben, auf keinen Fall die Forderung zu bewilligen.

Bergen a. R., 6. Mai. Das diesjährige Gauturnfest des Vorpommerschen Turngaues (23 Vereine mit 18.000 Mitgliedern) wird am 8. Juli hier selbst abgehalten werden.

SS Lübeck, 6. Mai. Ueber das Vermögen des Brauereibesitzers Peter Wilkens hier selbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann G. Prochnow. Anmeldefrist 24. Mai.

Köslin, 6. Mai. Die hiesige Freimaurer-Johannis-Lodge „Maria zum goldenen Schwert“ wählte nach dem „G. A.“ zum Vorsitzenden — Meister vom Stuhl — an Stelle des erkrankten Landgerichtsraths Hildebrand, den Bürgermeister Eggert im Bezirk des hiesigen Ober-Landesgerichts ist zum Gerichtsreferendar ernannt.

Nach einer Entscheidung des Kultusministers ist als Mutter im Sinne des Gesetzes vom 27. Juli 1890, betreffend die Verbesserung der Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen, nur die leibliche Mutter, nicht aber die Stiefmutter zu untersuchen. Der Umstand, daß Kinder einer Stiefmutter haben, ist bei Entscheidungen der Frage, welches Waisengeld ihnen zusteht, mitberücksichtigt.

Der Amtsrichter Beyersdorf in Falkenburg i. P. ist an das hiesige Amtsgericht und das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann G. Prochnow. Anmeldefrist 24. Mai.

Körlin a. P., 6. Mai. Die hiesigen Stadtverordneten haben sowohl den von der kgl. Regierung angeregten Bau eines Schlachthauses wie die obligatorische Fleischschau für unsere Stadt abgelehnt.

Höveln, 6. Mai. Die hiesige Freimaurer-Johannis-Lodge „Maria zum goldenen Schwert“ wählte nach dem „G. A.“ zum Vorsitzenden — Meister vom Stuhl — an Stelle des erkrankten Landgerichtsraths Hildebrand, den Bürgermeister Sachse in Köslin.

Berlin, 7. Mai. Schluss-Kourse.

Preus. Contols 4%	107,90	London Lang. Baumwolle	—
do 31,2%	88,20	Paris fura	—
Deutsche Weißseide 31,2%	99,00	Belgien fura	—
Preus. Pfandbriefe 31,2%	98,00	Berliner Dampfimbühler	120,60
Centralbankl. Pfnd. 31,2%	97,50	Stett. Sammete-Fabrik	88,75
Staatsliche Mente	78,50	Döber. Fabrik f. chem. Produkte	242,60
do 32,2%	78,50	Union	126,20
Angar. Goldware	37,30	do. neue Emision	127,75
Rumän. 1881er amort.	97,40	49. P. Hamburg	109,50
Serbische 5% Tab.-Miete	63,75	do. 1900 urt.	109,50
Griech. 5% Gold. v. 1890 21,30	99,50	Macedon. 3% Grieband.	109,50
Griech. 4% Goldb. 27,50	99,50	Gold-Ost.	109,50
Y. VI. Emision	49,50	do. 1900 urt.	109,50
Stett. Bsc. Act. Lit. B. 304,75	104,75	Wien 1. Kl. 12,37	109,50
Stett. Bsc. Priov. 127,50	104,75	London Lang. Baumwolle	112,70
Stett. Münzg. 1. Kl. 127,50	104,75	Norddeut. Lloyd	103,70
Stett. Bsc. 6% Prioritäten	13,00	London Lang. Baumwolle	103,70
Potsd. Lang. Baumwolle	217,80	London Lang. Baumwolle	103,70

Tendenz: schwach.

Paris, 5. Mai. Nachmittags. Schluss-Kourse.) Fest.

Kours v. 4.	100,15	—
3% amortis. Rente	100,50	100,17
5% Miete	79,15	78,70
5% ungar. Goldrente	97,75	97,62
III. Orient	70,35	70,30
4% Russen de 1889	100,00	99,80
4% ungar. Egypt.	105,20	104,95
4% Spanier äußere Anleihe	64,62	63,87
Concert. Türken	23,95	23,90
Östl. Kirche	111,00	111,30
4%		